

Landesbezirk NRW

POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei



**GEMEINSAM
MITBESTIMMEN
GESTALTEN
SICHERN**

Gewerkschaft der Polizei

31. Ordentlicher Landesdelegiertentag
1. - 3. April 2014 · Dortmund



**GEMEINSAM
MITBESTIMMEN
GESTALTEN
SICHERN**



Gewerkschaft der Polizei

**31. Ordentlicher Delegiertentag
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk NRW
1. - 3.04.2014
Westfalenhalle Dortmund**

Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil zum Landesdelegiertentag: Stephan Hegger, GdP NRW

Fotos: Manfred Vollmer, Stephan Hegger, Uschi Barrenberg, Jürgen Seidel, Gewerkschaft der Polizei NRW
Redaktion Themenschwerpunkt Drogen und Kriminalität: pressto GmbH, Köln

Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

OSämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im Kundenauftrag für die Drucklegung vom Verlag gestaltet wurden, sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfältigung und elektronische Speicherung ist nur mit Zustimmung des Anzeigenkunden und des Verlages erlaubt. Verstöße hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.

Verlag, Anzeigenwerbung und Gestaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3 a • 40721 Hilden
Telefon 02 11/71 04-0 • Telefax 02 11/71 04-174
AV@VDPolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Gestaltung und Layout:
Jana Kolfhaus

Satz und Druck:
KUK GmbH, Düsseldorf
© 2014



05/2014/39

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung



Grußworte

Zum Auftakt:
Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Innenminister Ralf Jäger, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert

Seite 2

Strammes Arbeitsprogramm

Ein Blick auf die Anträge des Landesdelegiertags

Seite 6



Ergebnisse nicht unter den Tisch kehren!

Diskussion über die Folgen der NRW-Studie über Gewalt gegen Polizisten

Seite 9

Blick zurück nach vorn

Bewegende Momente, spannende Ereignisse, gemeinsam Erlebtes, aber auch eine Tragödie: Seit dem letzten Landesdelegiertentag ist viel passiert

Seite 11



Themenschwerpunkt Drogen und Kriminalität

Argumente für eine neue Drogenpolitik

Seite 15

Wir reden nicht nur über die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen, sondern wir setzen unsere Ziele auch durch.



■ Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, „Gemeinsam. Mitbestimmen, Gestalten, Sichern“, unter dieses Motto haben wir unseren 31. Ordentlichen Landesdelegiertentag gestellt. Das Motto von Gewerkschaftstagen muss kurz und einprägsam sein. Und es muss die Richtung vorgeben, auf die wir nicht nur unsere Beratungen auf dem Landesdelegiertentag konzentrieren wollen, sondern auch unsere Politik in den kommenden vier Jahren. Nicht von ungefähr haben wir deshalb das Wort „Gemeinsam“ an den Anfang unseres Mottos für den Landesdelegiertentag gestellt. Denn das gemeinsame Eintreten für die Interessen aller Beschäftigten bei der Polizei ist die Grundlage unserer Arbeit. Egal ob es um die Interessen der Beschäftigten bei der Kriminalpolizei geht oder um den Wach- und Wechseldienst. Egal ob es um die Situation im Verkehrsbereich geht oder um die der Verwaltungsbeamten. Und das gilt ebenso für die Tarif-

beschäftigten wie für die Mitglieder des höheren Dienstes. Denn wir sind eine Polizei. Wir lassen uns nicht spalten! Wir mischen uns ein, wenn es um die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei geht. Wir reden nicht nur über die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen, sondern wir setzen unsere Ziele auch durch. Notfalls gehen wir dafür auch auf die Straße. Deshalb steht ganz bewusst das Wort „Gestalten“ in unserem Motto. Denn die GdP ist in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Gestaltungskraft. Wir sind ein politischer Faktor, an dem niemand vorbeigehen kann, wenn es um Fragen der Inneren Sicherheit und um die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei geht. Auch das Wort „Mitbestimmen“ steht in unserem Motto. Denn wir streiten dafür, dass die Interessen der Polizistinnen und Polizisten aber auch der Tarifbeschäftigten bei der Polizei von vorneherein berücksichtigt werden, wenn es um Veränderungen in der Struktur, in der Aufgabenzu-

weisung und der Personalausstattung der Polizei geht. Wir machen das nicht nur für uns, sondern auch für die Menschen in NRW, deren Sicherheit wir schützen. Deshalb gehören „Gestalten“ und „Sichern“ für die GdP untrennbar zusammen.

Das Motto „Gemeinsam. Mitbestimmen, Gestalten, Sichern“ umreist deshalb sehr genau die Perspektive, unter der wir auf unserem Landesdelegiertentag in Dortmund nicht nur eine Bilanz unserer Arbeit in den vergangenen vier Jahre ziehen wollen, sondern auch die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre festlegen werden.

So unterschiedlich die Themen auch sind, die in den mehr als 130 Anträgen zum Ausdruck kommen, die wir in Dortmund beraten werden, eines ist in allen gemeinsam: Die Forderung, dass den Beschäftigten bei der Polizei von der Politik und vom Innenministerium endlich wieder der Respekt entgegengebracht wird, auf den sie einen Anspruch haben. Das gilt nicht nur für das Recht auf eine faire Bezahlung aller Beschäftigten, sondern das gilt auch für das Recht auf einen wirksamen Schutz vor krankmachenden Arbeitsbedingungen und für das Recht auf eine Personalausstattung der Polizei, die sich nicht an angeblichen Sparzwängen orientiert, sondern an den Aufgaben, die die Polizei bewältigen muss. Und es gilt für das selbstverständliche Recht der Beschäftigten der Polizei, dass die bestehenden Mitbestimmungsrechte endlich vom Innenministerium beachtet werden.

Für uns sind das selbstverständliche Forderungen. Deshalb werden wir auch die Vertreter der politischen Parteien, die unseren Landesdelegiertentag besuchen, daran messen, wie sie sich zu diesen Forderungen verhalten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Plickert'.

Arnold Plickert
Landesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei NRW

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut!



■ Die Abwehr von Gefahren, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, die Sicherung ihrer Rechte – das alles sind wichtige Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Erforderlich ist eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei, die über modernste Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten verfügt. Erforderlich ist auch ein Bündel an Kompetenzen, das zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich ist. Dafür hat die Politik die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Doch uns muss bewusst sein: Innere Sicherheit kann nicht allein von der Polizei gewährleistet werden. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung beruht häufig auf Spannungen im menschlichen Zusammenleben. Sie wird verstärkt durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die die Stabilität unserer Gesellschaft gefährden und die Kriminalität begünstigen können. Auch hier ist die Politik am Zuge, aber

auch alle Bürgerinnen und Bürger sind im täglichen Zusammenleben gefordert. Unsere Polizei genießt zu Recht hohes Ansehen bei den Bürgerinnen und Bürgern in NRW, weil die Polizistinnen und Polizisten ihre Sorgen und Ängste kennen. Polizeiliches Handeln ist für die Bevölkerung eine professionelle Dienstleistung mit menschlichem Gesicht. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben daher mit der Entscheidung für ihren Beruf eine hoch bewertete Aufgabe übernommen – aber auch einen Beruf, der ihnen mit immer weiter steigenden Anforderungen enorme Belastungen sowie ein hohes Maß an Verantwortung und sozialer Kompetenz abverlangt. Dafür spreche ich ihnen im Namen des gesamten Landtagsparlamentes Dank, Respekt und Anerkennung aus. Stets im Fokus der Öffentlichkeit wird das Handeln der Beamtinnen und Beamten beobachtet, analysiert und kommentiert.

Sie alle leisten tagtäglich ihr Bestes, doch sind sie nicht selten Kritik, Respektlosigkeit, ja sogar Gewalt ausgesetzt. Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf.

Insgesamt muss und wird die Weiterentwicklung der Polizei in NRW weiter eine zentrale Rolle in der Landespolitik einnehmen. Da die demographische Entwicklung dazu führen wird, dass in den kommenden Jahren eine beachtliche Zahl von Polizistinnen und Polizisten aus dem aktiven Dienst ausscheidet, besteht jetzt Handlungsbedarf. Deshalb sind im Personalhaushalt für 2014 gegenüber dem Vorjahr 93 Millionen Euro mehr veranschlagt worden, damit 1.500 Einstellungen vollzogen werden können. Dieser Weg muss dringend fortgesetzt werden, damit die Leistungsfähigkeit der Polizei sowie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft gewährleistet werden können. Zur Weiterentwicklung gehören auch die Aufstiegschancen zu verbessern, die Organisation der Polizei den neuen Herausforderungen anzupassen und die Fort- und Weiterbildung auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sollte ihrem Namen bald wieder Rechnung tragen.

Heute liegt mir daran, der GdP-NRW – trotz unterschiedlicher Sichtweise in einigen Fragen – für die kooperative Zusammenarbeit mit unserem Landesparlament zu danken.

Gern wünsche ich dem Landesdelegiertentag vom 1. bis 3. April 2014 gute Beratungsergebnisse, einen erfolgreichen Verlauf und ein herzliches Glückauf.

Carina Gödecke
Präsidentin des
Landtags Nordrhein-Westfalen

Unseren gemeinsamen Dialog führen wir seit 2010 mit Erfolg!



■ Die Anforderungen an unsere Polizei in NRW, an jede Beamtin und jeden Beamten, sind hoch: Der Schutz der öffentlichen Sicherheit, die Abwehr von Gefahren und die Verfolgung von Straftaten – das sind die Aufgaben, die das Gesetz stellt. Das Gesamtziel, wenn Sie so wollen.

Dieses Ziel immer wieder aufs Neue zu erreichen, ist keine einfache Aufgabe. Sie erfordert vollen Einsatz, auf allen Gebieten, und das sowohl physisch als auch psychisch. Unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW gebührt höchster Respekt dafür, dass sie diese Aufgabe annehmen, sich ihr Tag für Tag stellen und vor allem engagiert und hochprofessionell erledigen.

Die Voraussetzungen, unter denen sie ihre Arbeit verrichten, sind oft schwierig: Zum Beispiel die Wochenenden, an denen zeitgleich mehrere Fußballspiele und Veranstaltungen in NRW stattfinden und so viel Personal binden. Menschen, die ihnen

gegenüber gewalttätig werden, die vor brutalen Attacken nicht zurückschrecken. Hinzu kommt eine demografische Entwicklung, die alle Bereiche und damit natürlich auch unsere Polizei betrifft.

Das Problembewusstsein ist sowohl auf Seiten der nordrhein-westfälischen Landesregierung wie auch auf Seiten der Gewerkschaft der Polizei sehr präsent. Die Erwartungshaltung der vielen Polizeibeamtinnen und -beamten ist es zu Recht, aus diesem Bewusstsein die richtigen Schlüsse zu ziehen, um die Voraussetzungen langfristig zu verbessern.

Ich bin der Meinung, das kann uns nur gemeinsam, in einem stetigen Dialog zwischen Landesregierung und Ihnen, den Angehörigen der GdP, gelingen. Und ich finde, diesen Dialog führen wir seit 2010 mit Erfolg: Die Polizei orientiert sich immer näher am Bürger, sie sucht stärker den direkten Kontakt, um auch präventiv Erfolge zu erzielen. Gleichzeitig zeigt sie

ihre volle Stärke, wird dann repressiv, wenn die Situation es erfordert.

Wir stellen pro Jahr mehr Anwärtinnen und Anwärter ein, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Und wir bringen Steine ins Rollen, damit wir zukünftig Aufgaben effektiver und vernetzter, aber auch familienfreundlicher und weniger personalintensiv bewältigen können. Dabei liegt mir wie auch Ihnen, liebe Angehörige der GdP, die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten besonders am Herzen.

Mein Eindruck ist: Wir haben gemeinsam bereits vieles bewegt, um Hindernisse zu beseitigen. Wir sind dabei nicht immer von Anfang an derselben Meinung, aber die notwendigen Diskussionen, die wir miteinander führen, stellen stets die Sache in den Vordergrund. Das führt bisher zu guten Ergebnissen und vor allem zu einem guten Verhältnis. Für dieses Verhältnis bin ich Ihnen ebenso dankbar wie für Ihren starken Einsatz, wenn es um die Belange unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW geht.

Die Hürden, auf die wir jeden Tag stoßen, müssen wir auch in Zukunft aus dem Weg räumen. Das wird keine leichte Aufgabe. Aber unsere bisherigen Erfolge zeigen mir: Gemeinsam können wir das schaffen!

Ralf Jäger MdL
Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Und meist seid Ihr die Sieger!



■ Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr seid die Größten – das muss man neidlos anerkennen. Euer Landesbezirk ist mit über 37.000 Mitgliedern die zahlenmäßig größte Berufsvertretung innerhalb unserer GdP-Solidargemeinschaft. Ihr organisiert fast 70 Prozent der aktiv Beschäftigten und habt es fertig gebracht, 90 Prozent aller Bachelor-Studenten ins GdP-Boot zu holen. Und: An Euch kommt im Land keiner vorbei, wenn es um Fragen der Inneren Sicherheit und um die Arbeitsbedingungen bei der Polizei geht. Das alles ist kein Zufall. Eure Größe gibt Euch sicher das nötige Selbstbewusstsein. Aber ich denke, es liegt auch an der gewerkschaftspolitischen Kultur, die Ihr lebt. Gewerkschaftsarbeit macht bei Euch offenbar richtig Spaß und hat spürbar Erfolg, sonst würden nicht so viele engagierte Leute mit Ideen und Visionen bei Euch mitmachen. Davon profitiert übrigens nicht nur NRW, denn von Euch kom-

men auch etliche Anregungen, Diskussionen und Unterstützungen, die unserer gesamten GdP gut tun.

Wenn Ihr Euch fordernd an die Politik im Land wendet, dann mit klaren Analysen und machbaren Angeboten. Trotz oft sehr unterschiedlicher Standpunkte und großen Kontroversen findet Ihr dennoch regelmäßig einen Ausweg oder wenigstens einen Ansatz der Problemlösung. Zu Deutsch: Ihr lasst nicht locker, wenn es um die unmittelbaren Interessen der Polizeibeschäftigten, aber auch um eine weitsichtige Entwicklung der Polizei in NRW und der Inneren Sicherheit überhaupt geht. Und meist seid Ihr die Sieger.

Man fragt sich, wie geht das?

Kürzlich habe ich über Nelson Mandelas Führungsstil im Internet gelesen, der sich an fünf Regeln hielt:

1. Sei mutig trotz Furcht (Wenn Führungskräfte sich rollenadäquat verhalten und Probleme nicht bejammern, sondern

zuversichtlich voranschreiten, machen sie den anderen Mut.),

2. Lass die anderen denken, sie stünden an der Spitze (Es sei weise, so Mandela, Menschen zu überzeugen, bestimmte Dinge zu tun und die Menschen glauben zu lassen, es sei ihre eigene Idee gewesen.),

3. Kenne deine Feinde (Um ihre Sicht zu verstehen, sollte man ihr Denken und ihre Motivation kennen.),

4. Umarme deine Rivalen (Mandela war überzeugt, dass es mit Charme möglich sei, diejenigen zu neutralisieren, denen man nicht trauen konnte; er bezog sie z. B. in Entscheidungen ein, pflegte engen Kontakt und beriet sich mit ihnen.) und

5. Denke vom Ziel her (Was will ich erreichen, wie sieht der praktikabelste Weg dorthin aus?).

Auch wenn wir weniger von Feinden als von Rivalen oder Politikern in vermeintlichen Zwängen umgeben sind, scheint mir, Ihr praktiziert von diesen Führungsregeln eine ganze Menge. Aber der Weg wird nicht leichter. Die Aufgaben werden komplexer. Im gemeinsamen Verbund in unserer GdP werden wir sie jedoch lösen können – step by step. Davon bin ich überzeugt. Denken wir vom Ziel her.

Oliver Malchow

Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Strammes Arbeitsprogramm

Landesdelegiertentag legt Arbeitsschwerpunkte für die kommenden vier Jahre fest

„Gemeinsam. Mitbestimmen, Gestalten, Sichern“

unter diesem Motto beraten vom 1. bis 3. April auf dem Landesdelegiertentag in Dortmund 158 Delegierte aus ganz Nordrhein-Westfalen über die Ziele und Arbeitsschwerpunkte der GdP in den kommenden vier Jahren. Dass die GdP nach dem Landesdelegiertentag 2010 und dem Außerordentlichen



Delegiertentag 2013 bereits zum dritten Mal in Folge als Tagungsort für ihr höchstes Beschlussgremium den Goldsaal der Dortmunder Westfalenhallen gewählt hat, in dem vor 50 Jahren die Fußballbundesliga gegründet worden ist, hat durchaus symbolischen Charakter. Denn wie im Fußball gilt auch für die GdP: Entscheidend für den Erfolg ist es, gut aufgestellt in die nächste Saison zu starten.

■ Deshalb werden die Delegierten in Dortmund nicht nur die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GVS) für die neue Legislaturperiode wählen, sondern drei Tage lang auch intensiv beraten, wie sich die GdP inhaltlich auf die Herausforderungen vorbereiten kann, die in den nächsten Jahren auf die Polizei und auf die Beschäftigten bei der Polizei zukommen. Vom drohenden massiven Stellenabbau bei der Polizei bis zur wachsenden Internetkriminalität. Von den fehlenden Aufstiegsperspektiven im Tarifbereich bis zum Umgang des Innenministeriums mit den verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen. Grundlage der Diskussionen auf dem Landesdelegiertentag sind 138 Anträge, die in den vergangenen Monaten von den Kreisgruppen und Bezirken, den Personengruppen und dem GVS erarbeitet worden sind. Das Themenspektrum reicht von der Inneren Sicherheit über die Sozial- und Tarifpolitik bis zu neuen Formen des gewerkschaftlichen Protestes. In einer Podiumsdiskussion wird der Landesdelegiertentag zudem über erste Konsequenzen aus der NRW-Studie über Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte diskutieren.

Attraktivität des Polizeidienstes stärken

Gebündelt werden die Diskussionen durch mehrere Leitanträge, u.a. zur Dienstrechtsreform, zum Schichtdienst, zur Situation des höheren Dienstes, zum Gesundheitsmanagement und zur Nachwuchsgewinnung bei der Polizei. Zudem liegt den Delegierten ein Initiativantrag zu der im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichten NRW-Studie über Gewalt gegen Polizisten vor. In dem vom GVS eingebrachten Leitantrag zur Dienstrechtsreform fordert die GdP, dass die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in NRW durch nachhaltige Verbesserungen beim Laufbahnrecht und bei der Besoldung und Versorgung so erhöht wird, dass er beim Wettbewerb um die besten Köpfe mit der Privatwirtschaft und mit dem öffentlichen Dienst beim Bund und in den anderen Ländern mithalten kann. Um dieses Ziel zu erreichen, ist vor allem ein attraktives und faires Besoldungssystem erforderlich. Zudem fordert der Antrag eine stärkere Durchlässigkeit des Laufbahnrechts, die Schaffung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Personalentwicklung, die Einführung von flexiblen Langzeitkonten für

erbrachte Mehrarbeit und eine Faktorisierung der Arbeitszeit im Wechselschichtdienst und den anderen gesundheitlich besonders belastenden Arbeitsbereichen. Polizistinnen und Polizisten, die dort eingesetzt sind, sollen früher in Pension gehen können. Damit möglichst alle Kolleginnen und Kollegen ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen in Ruhestand gehen können, dringt die GdP auf die Schaffung eines Ruhestandskorridors zwischen dem 55. und dem 65. Lebensjahr. Innerhalb dieses Korridors sollen alle Beamten mit ihren bis dahin erworbenen Versorgungsansprüchen ohne weitere Abschlüsse in Ruhestand gehen können.



Schichtdienst begrenzen

Im Leitantrag zum Schichtdienst tritt die GdP dafür ein, dass bei der Gestaltung der Arbeitszeit in Zukunft der Vermeidung krankmachender Faktoren mehr Beachtung geschenkt wird. „Der Schichtdienst muss so gestaltet werden, dass physische, psychische und soziale Belastungen weit möglichst minimiert werden. Gesundheitsprävention hat oberste Priorität“, heißt es dazu im Leitantrag. Zudem fordert die GdP, dass die wöchentliche Dauer des Schichtdienstes bei der Polizei auf maximal 38 Wochenstunden gesenkt wird. So, wie dies in anderen Branchen, in denen ebenfalls im durchgehenden Wechselschichtdienst gearbeitet wird, längst üblich ist. Mit dieser Forderung soll vor allem den Erkenntnissen der Arbeitswissenschaft Rechnung getragen werden, dass es bei einer 41-Stunden-Woche kein Arbeitszeitmodell gibt, das mit steigender Verweildauer nicht zu massiven Gesundheitsschäden und zu hohen Krankheitsausfällen führt.

Zudem fordert die GdP, dass in der laufenden Erprobungsphase zur Weiterentwicklung der bestehenden Schichtdienstmodelle der Polizei die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und die örtlichen Personalräte einbezogen werden. Angereichert wird die Diskussion auch durch die Erkenntnisse des Schichtdienstforums, zu dem der GdP-Landesbezirk kurz vor dem Landesdelegiertentag am 20. Februar Kolleginnen und Kollegen aus ganz NRW, die selber im Schichtdienst eingesetzt sind, sowie Schichtdienstexperten von Polizei und Arbeitswissenschaften nach Düsseldorf eingeladen hatte. Dort war unter anderem gefordert worden, dass die Verweildauer im durchgehenden Wechselschichtdienst auf maximal 20 Jahre begrenzt werden muss. Danach muss für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zumindest die Nachtschicht wegfallen.

Gesundheitsmanagement bei der Polizei ausbauen

Zum Gesundheitsmanagement liegen dem Delegiertentag ebenfalls mehrere Anträge vor. In dem Leitantrag dazu wird die Landesregierung aufgefordert, das Gesundheitsmanagement in allen Behörden zu einem zwingend notwendigen Bestandteil der dienstlichen Fürsorgepflicht zu machen. Insbesondere fordert der Antrag, dass der vom Innenministerium eingesetzte Lenkungsausschuss ein landesweit verbindliches Rahmenkonzept für das Gesundheitsmanagement in den einzelnen Polizeibehörden entwickelt. Zudem soll es einen individuellen Rechtsanspruch auf Gefährdungsbeurteilung des eigenen Arbeitsplatzes geben.

Nachwuchswerbung optimieren

Im Leitantrag „Nachwuchswerbung bei der Polizei forcieren, optimieren und effektivieren“ fordert die GdP, dass die Polizei in Zukunft neben den klassischen Schulabgängern auch die Gruppe der Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung stärker ins Visier nimmt. Hierzu hatte die GdP bereits Mitte Januar ein eigenes Diskussionspapier vorgelegt, in dem im Detail dargelegt wird, dass die Polizei in NRW auch bei einer rückläufigen Abiturientenzahl in den nächsten Jahren keine Probleme haben wird, genügend gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Allerdings müssen im Bewerbungsverfahren selbst Veränderungen vorgenommen werden. Insbesondere muss die Lücke zwischen den Bewerbern, die ihr Interesse am Polizeiberuf bekundet haben, und denjenigen, die am Ende des Bewerbungsverfahrens alle Unterlagen eingereicht haben, verringert werden. Außerdem fordert die GdP, dass alle Bewerber zeitnah über ihren Rangordnungswert informiert werden.



Aufstiegchancen im höheren Dienst verbessern

Auch zur Situation des höheren Dienstes gibt es einen eigenen Leitantrag. Darin wird gefordert, dass der Anteil des höheren Dienstes bei der Polizei perspektivisch von jetzt 1,7 auf 3 Prozent steigt. Weil in den kommenden Jahren viele Angehörige des höheren Dienstes aus dem Polizeidienst ausscheiden werden, fordert die

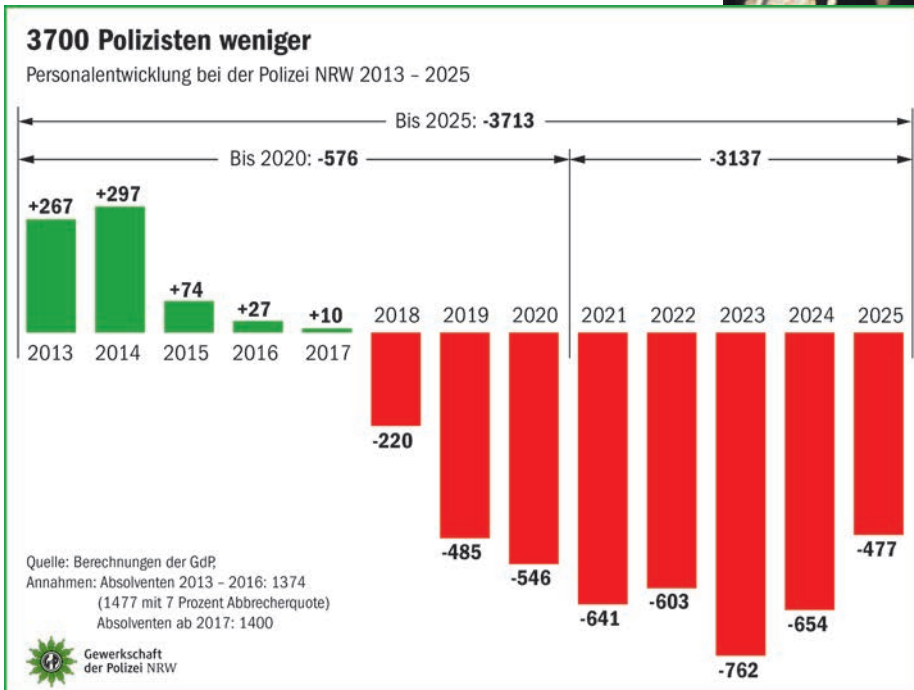
GdP außerdem eine Erhöhung der Zulassungszahlen für den Aufstieg in den höheren Dienst und ein zusätzliches Aufstiegsmodell für qualifizierte Polizistinnen und Polizisten des gehobenen Dienstes für Basisfunktionen des h.D.



Neue Formen des gewerkschaftlichen Protestes erproben

Größere Diskussionen werden auf dem Landesdelegiertentag auch zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte erwartet. Die GdP dringt darauf, dass die in der NRW-Studie über Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten enthaltenen Aussagen zur Betreuung und Fürsorge der angegriffenen Polizistinnen und Polizisten, zu den

Defiziten im Bereich der Aus- und Fortbildung, zur Einsatznachbereitung und zur Ausstattung der Dienststellen ausgewertet und entsprechende Handlungskonzepte abgeleitet werden, damit die Studie nicht sang- und klanglos in der Schublade verschwindet. Weitere Anträge befassen sich mit sozialpolitischen, mit tarif- und beamtenpolitischen sowie mit polizeifachlichen Themen. Dabei geht es u.a. um die Forderung der GdP, die Einstellungszahlen in NRW weiter zu erhöhen, um die in den Medien bereits diskutierte mögliche Ausstattung des Wach- und Wechseldienstes mit dem Taser, um die Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich



Ohne eine weitere Erhöhung der Einstellungszahlen droht der Polizei in NRW in den kommenden Jahren ein massiver Personalabbau. Viele Aufgaben kann sie dann nicht mehr wahrnehmen. Die Verhinderung des drohenden Personalabbaus bei der Polizei ist deshalb eines der wichtigsten Themen auf dem Landesdelegiertentag. Die GdP erwartet, dass sich die Vertreter der Landesregierung aber auch der Oppositionsparteien, die den Landesdelegiertentag besuchen wollen, klar positionieren werden, wie dieses Problem gelöst werden soll.

bestandener Abschlussprüfung und um neue Formen des gewerkschaftlichen Protestes. In dem dazu von der Kreisgruppe Oberbergischer Kreis eingebrachten Antrag wird gefordert, dass die GdP auch über alternative Formen des gewerkschaftlichen Protestes wie Denkpausen, Dienst nach Vorschrift, Aussetzung repressiver Tätigkeiten nachdenken soll, die neben die bislang genutzten Protestformen wie Demonstrationen und Mahnwachen treten sollen.

Mehr Frauen in den Vorstand wählen

In einem vom Landesfrauenvorstand vorgelegten Antrag wird gefordert, dass die GdP sich dafür einsetzt, dass es in Zukunft bei der Polizei in NRW einen landesweiten Frauenförderplan gibt (E 46). In einem weiteren Antrag fordern die GdP-Frauen, dass in Zukunft auch eine verbeamtete Kollegin in den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewählt werden soll. Dort gibt es mit Jutta Jakobs bislang nur eine Frau. Sie vertritt den Tarifbereich.

Die Ergebnisse nicht unter den Teppich kehren!

Delegiertentag diskutiert über die Folgen der NRW-Studie über Gewalt an Polizisten



Lange Zeit waren Angriffe auf Polizisten ein Tabuthema. Auch die Vorgesetzten schwiegen lieber. Das hat sich erst geändert, seitdem die GdP Angriffe auf Polizisten zu einem öffentlichen Thema gemacht hat. Auch am Zustandekommen der NRW-Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ war die GdP maßgeblich beteiligt. Deren seit Ende vergangenen Jahres vorliegendes Ergebnis zeigt, dass das Ausmaß der täglichen Angriffe noch viel größer ist, als bislang bekannt war. Und dass noch immer viele Kolleginnen und Kollegen nach einem Angriff von ihren Vorgesetzten allein gelassen werden. Der Delegiertentag wird deshalb in einer eigenen Diskussionsrunde nach den Konsequenzen der NRW-Studie fragen. Mit am Tisch sitzen Innenminister Ralf Jäger, der Autor der Studie, der Kieler Psychologe Prof. Dr. Thomas Bliesener, der Düsseldorfer Polizeipräsident Norbert Wesseler und die Bochumer Kollegin Tania Kombouri, deren Leserbrief in der Deutschen Polizei zu heftigen Reaktionen geführt hat.

■ 18.443 Kolleginnen und Kollegen haben sich an der NRW-Studie über Gewalt an Polizisten beteiligt – fast jeder zweite Polizist, der regelmäßig Kontakt zu den Bürgern hat. Keine andere Studie hat eine derart hohe Beteiligung aufzuweisen. Und in kaum einer anderen Untersuchung wird derart detailliert geschildert, wie groß das Ausmaß der Angriffe auf die Polizei inzwischen ist: Im Jahre 2011, dem Zeitpunkt der Erhebung, ist die Mehrheit aller Polizistinnen und Polizisten in NRW (54,3 Prozent) mindestens einmal tötlich angegriffen worden. Sie wurden geschlagen, gestoßen, getreten, bespuckt und mit gefährlichen Gegenständen attackiert. Die meisten von ihnen sogar mehrmals. Zählt man die Beleidigungen dazu, liegt die Zahl der angegriffenen Polizistinnen und Polizisten sogar bei 80 Prozent. Trotzdem bleibt die Tat für den Angreifer meist folgenlos.

Für die GdP ist das ein Skandal. Sie fordert bereits seit langem, dass für Angriffe auf Polizisten ein eigener Straftatbestand eingeführt wird, der neue § 115 StGB, der für Angriffe auf Polizisten eine Mindeststrafe vorsieht. Und dass endlich Schluss ist mit der unseligen Praxis vieler Gerichte, Angriffe auf Polizisten als Kavaliersdelikt abzutun. „Wer Polizisten angreift, greift den Staat an. Er will eine andere Gesellschaft“, warnt GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, „deshalb muss der Gesetzgeber endlich eindeutig klarstellen, dass ein Angriff auf einen Polizisten eine Straftat ist, und nicht ein unvermeidbares Berufsrisiko.“

Von Innenminister Jäger erwartet die GdP, dass er die Empfehlungen der Studie endlich in die Praxis umsetzt. Vier von zehn Polizistinnen und Polizisten, die angegriffen worden sind, verzichten trotz eindeutiger Rechtslage auf einen Strafantrag. Fast 80 Prozent von ihnen halten eine strafrechtliche Verfolgung der Angreifer entweder für aussichtslos oder sie befürchten im Falle einer Anzeige dienstliche Nachteile (siehe Grafik). Das zeigt, dass beim Führungsverhalten in der Polizei einiges aus dem Ruder gelaufen ist. „Kolleginnen und Kolle-

gen, die im Dienst angegriffen worden sind, haben ein Recht darauf, dass ihre Behörde gegen die Täter vorgeht, statt den Opfern Druck zu machen, und bei Schadenersatzansprüchen auch noch das Prozessrisiko auf sie abzuwälzen“, betonte nach Bekanntwerden der Studienergebnisse GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert.

Neben der juristischen Unterstützung brauchen Polizisten nach einem Angriff auch psychologische Beratung und Hilfe. Auch daran hapert es in vielen Behörden. Die Autoren der NRW-Studie sehen hier vor allem die Vorgesetzten in der Pflicht. Sie müssten dafür sorgen, dass bestehende Unterstützungsangebote ohne Angst vor Stigmatisierung genutzt werden können. Auch beim Training, mit dem die Polizisten auf den Umgang mit gewalttätigen Angreifern vorbereitet werden, gibt es Handlungsbedarf. Der Zugang zu den Trainingsmaßnahmen richtet sich zu oft danach, ob der einzelne Beamte gerade abkömmlich ist, statt nach dem tatsächlichen Bedarf. Gerade für die Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes, die besonders oft angegriffen werden, geht der Dienst meist vor. Sie erhalten deshalb nicht die Vorbereitung auf schwierige Konfliktsituationen, die sie eigentlich benötigen, kritisieren die Autoren der Studie.

Trotz der klaren Befunde tut sich das Innenministerium mit der Umsetzung der Studie bislang schwer. Die Ergebnisse müssten erst noch analysiert werden, heißt es.

Geschubst, getreten, geschlagen, angespuckt

Art des Angriffs auf Polizeibeamte (Auswahl, in Prozent)*



* Mehrfachnennungen möglich
Quelle: NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte



Geschlagen, getreten, beleidigt – und alleine gelassen

Auszug aus den Freitextfeldern der NRW-Studie Gewalt gegen Polizisten

„Bei durch mich eingeleiteten Verfahren nach § 113 StGB kam es im Verlauf von 20 Dienstjahren in keinem Fall zu einer Verurteilung. Es lag nicht daran, dass eine Täterschaft nicht nachweisbar war. Vielmehr wurden die Verfahren wegen anderer Gründe eingestellt. Im empfinde dies als sehr frustrierend.“

„Meine Strafanzeige bzgl. Beleidigung wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt mit den Worten: ‚Jugendtypisches Fehlverhalten‘.“

„Ein weiterer Nachteil ist, dass die Behörde keinen Kollegen bei der Beitreibung von Schmerzensgeldforderungen unterstützt, der im Dienst verletzt wurde.“

„Teilweise mehrstündige schwerste Beleidigungen während Polizeieinsätzen werden auch von Seiten der Behörde nicht ernst genommen, denn meist stellt diese erst gar keinen zusätzlichen Strafantrag!!!“

„Einer Strafanzeige wegen Beleidigung (im Dienst) schließt sich beispielsweise unsere Behörde nur an, wenn die Beleidigung sich z. B. auf die politischen Begriffe Faschist, Nazi etc. bezieht. Eine Beleidigung sonstiger Art (üblichster Fall) wird von der Behörde nicht mitgetragen! Hier scheint es so zu sein, dass man als Polizeibeamter eine Beleidigung eben zu ertragen hat und das als Begleiterscheinung des täglichen Berufsbildes zu sehen und zu akzeptieren ist.“

„Ich bin enttäuscht über die Weigerung der Behördenleitung, Strafanträge wegen Beleidigung zu stellen. Aus diesem Grund werden viele Anzeigen seitens der Kollegen nicht gestellt und der Ärger/Frust heruntergeschluckt.“

Blick zurück nach vorn

Bewegende Momente, spannende Ereignisse, gemeinsam Erlebtes aber auch eine Tragödie. Seit dem letzten Landesdelegiertag im April 2010 ist viel passiert.

■ 9. Mai 2010: Der neue Landesbezirksvorstand ist gerade zwei Wochen im Amt, da geht ihm der wichtigste politische Ansprechpartner verloren. Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers (CDU) verfehlt bei den Landtagswahlen die lange sicher geglaubte Parlamentsmehrheit**. Es folgt ein monatelanges Tauziehen, an deren Ende SPD und Grüne am 14. Juli eine Minderheitsregierung bilden, mit Hannelore



Kraft (SPD) an der Spitze **+++ Am 1. Juli 2010** legt die GdP ein **Positionspapier zum Gesundheitsmanagement** vor. Das über 40 Seiten starke Eckpunktepapier wird zur Blaupause für das Behördliche Gesundheitsmanagement bei der Polizei, das der neue Innenminister Ralf Jäger (SPD) Ende Oktober präsentieren wird. **+++ Am 24. Juli 2010** sterben bei der **Love Parade in Duisburg** 21 Menschen, Hunderte werden verletzt. Verantwortlich gemacht für den Tod der Festival-Besucher werden der Veranstalter Lopavent, der die Zugänge zum Veranstaltungsgelände zu klein geplant hat, und die Stadt Duisburg, die die Veranstaltung ohne ausreichende Kontrollen genehmigt hat. Aber auch die Polizei gerät in die Kritik, weil sie das Unglück nicht hatte verhindern können. Fast vier Jahre sollte es dauern, bis die Staatsanwaltschaft im **Frühjahr 2014 Anklage gegen zehn Verantwortliche** der Firma Lopavent und der Stadt Duisburg erheben wird. Der Einsatzführer der Polizei gehört nicht zum Kreis der Beschuldigten, weil die Polizei für das Sicherheitskonzept nicht verantwortlich war. **+++ Ende Juli 2010** gibt Innenminister Ralf Jäger (SPD) bekannt, dass die **Zahl der Neueinstellungen** ab dem kommenden Jahr **von 1.100 auf 1.400 Kommissar-anwärterinnen und -anwärter** steigen wird. Damit wird die erste, der für die Polizei relevanten Vereinbarungen des Koalitionsvertrags der rot-grünen Minderheitsregierung umgesetzt. **+++ 46.000 neue Dienstpistolen** sind seit 2005 an die Polizei in NRW ausgeliefert worden – bei 120 von ihnen kommt es zu Schussausfällen. Als die GdP am **27. August 2010** öffentlich darauf aufmerksam macht, reagiert das Innenministerium schnell. Die störanfälligen Abzugsfedern werden ausgetauscht. **+++ Doch das sollte nicht der einzige Skandal bei der Polizei bleiben.** Über Monate hinweg müssen sich die Einsatzkräfte immer wieder mit verdorbenen Lebensmitteln

herumschlagen. Das Innenministerium versucht zunächst, den Protest der GdP auszusitzen. Doch am **17. September 2010** ist das Maß endgültig voll. Nur wenige Stunden, nachdem die Bild-Zeitung **Fotos der GdP über rohe Puten-Schnitzel** veröffentlicht hat, kündigt Innenminister Jäger den Caterer-Vertrag fristlos. **+++ Im Oktober 2010** tut sich ein neues Problem auf: Nach einer Aktualisierung der Software **bricht das landesweite Vorgangsbearbeitungssystem IGVP zusammen**. Die GdP hatte bereits vor Jahren auf dessen Schwachpunkte hingewiesen und den Umstieg auf ein modernes IT-System gefordert. Trotzdem sollte es noch bis im Oktober 2013 dauern, bis zumindest die Grundsatzentscheidung steht, das längst überholte IGVP durch VIVA zu ersetzen. **+++ „Wir stellen sicher, dass die Personalräte des Öffentlichen Dienstes wieder auf Augenhöhe mit ihrer Behörde verhandeln können“** – so lautete eines der zentralen Wahlversprechen von Rot-Grün. Nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf folgten mühsame Verhandlungen. Am **26. Januar 2011** verabschiedet das Landeskabinett schließlich einen **Geszentwurf zur Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes**, in dem die Kritik der GdP am bisherigen Regierungsentwurf aufgegriffen wird. Bis zur Sommerpause passiert das Gesetz den Landtag. **+++ Zehn Jahre nach der Einführung der 0,5-Promille-Grenze** plädiert im Februar 2011 der damalige GdP-Landesvorsitzende Frank Richter in einem dpa-Gespräch für eine weitere Absenkung des Promille-Werts und löst damit eine bundesweite Debatte aus. Wer die Zahl der Verkehrstoten senken will, muss das Herantrinken an die vermeintlich noch sichere Promillegrenze verhindern, lautet das zentrale Argument der GdP. Alkoholtrinken und Autofahren passt nicht zusammen. **+++ Unter dem Motto „Lohndiebe stoppen!“** beteiligen sich am **1. März 2011**



mehr als 1.500 Polizisten und Tarifbeschäftigte der Polizei an einer **Großdemonstration der Gewerkschaften** in Düsseldorf. Kurz darauf kommt es in Potsdam zum Tarifabschluss. Die Gehälter steigen zum 1. April 2011 um 1,5 Prozent und zum 1. Januar 2012 um weitere 1,9 Prozent. **+++ Am 1. März 2011** erschüttert die Polizei in NRW ein erneuter Lebensmittelskandal. Statt Kamelle erhalten

die in Gelsenkirchen beim Karnevalsumzug eingesetzten Polizisten nur **verschimmelte Putenschnitzel**. Die GdP macht den Skandal öffentlich. Daraufhin wird einem weiteren Caterer fristlos gekündigt. **+++ Ende August 2011** präsentiert der Landesbezirk sein neues **Verkehrspolitisches Programm**. Die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen soll auf 130 km/h begrenzt werden, die Promillegrenze im Straßenverkehr auf 0,3 gesenkt werden. **+++ Am 3. September 2011** kommt es in Dortmund am Rande eines Neonazi-Aufmarsches zu **massiven Angriffen gewaltbereiter Demonstranten** auf die Polizei. 44 Polizisten werden verletzt, drei von ihnen schwer. **+++ Am 28. September 2011** lädt der Landesbezirk Einsatzleiter der Polizei, Vertreter des DFB und der Faninitiativen zu



seinem zweiten **Fußball-Forum** ins Kölner RheinEnergieStadion. Die GdP nutzt das hochkarätig besetzte Forum, um für eine bessere Zusammenarbeit von Polizei, Vereinen und Faninitiativen bei dem Abbau der Gewalt bei den Fußballspielen zu werben. **+++ „Wir lassen niemanden in der Kälte alleine“** – unter diesem Motto startet die GdP am **30. November** mitten in der Düsseldorfer Altstadt die **Aktion Wintermütze**. Begleitet von mehreren Kamerateams verteilt



Landesvorsitzender Frank Richter die ersten von 5.000 von der GdP gespendeten Wollmützen an den Wach- und Wechseldienst, der bei jedem Wetter draußen seinen Dienst leistet. **+++** Jahrelang hat die GdP für die Ausstattung des Streifendienstes mit einem **ausziehbaren Einsatzmehrzweckstock** gekämpft. Im **Frühjahr 2012** ist es endlich soweit: Nach der Überwindung etlicher Qualitätsmängel kommt der neue EMS-A zur Auslieferung an die Polizeibehörden. **+++** Nicht nur der Polizei insgesamt, sondern auch dem Ermittlungsdienst droht in den kommenden Jahren eine massive Überalterung. Im **Februar 2012** legt die GdP deshalb ein umfangreiches **Positionspapier zum Nachersatz-Erlass** des Innenministeriums vor, und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur gerechten Verteilung der Nachwuchspolizisten auf die verschiedenen Arbeitsbereiche der Polizei. Das Positionspapier führt zu einer Änderung der Erlasslage. **+++ Am 14. März 2012 beschließt der Landtag einstimmig seine Selbstauflösung**, nachdem die rot-grüne Minderheitsregierung zuvor ausgerechnet an der Abstimmung über den Haushalt des Innenministeriums gescheitert war. Die GdP präsentiert bereits Ende März Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger ihre Erwartungen an die künftige Landesregierung. **+++** Das Internet ist der Tatort der Zukunft.

Unter dem Titel **„Cybercrime wirksam bekämpfen“** lädt die GdP am **3. Mai 2012** zu einem Kriminalforum in Düsseldorf. Einer der Kernforderungen: Auch die Polizeibehörden vor Ort müssen in der Lage sein, Straftaten im Internet zu verfolgen. **+++** Bei den **Personalratswahlen** vom **11. – 14. Juni 2012** kann die GdP ihr sensationell gutes Abschneiden von 2008 noch einmal ausbauen. Sie gewinnt 404 der 550 Sitze in den örtlichen Personalräten. Im PPHR sind es 11 von 14 Sitzen. **+++ 30 Jahre Frauen bei der Schutzpolizei** – für die GdP ist das ein Grund zum Feiern und zum Diskutieren. Am **23. Oktober 2012** lädt sie junge und langjährig tätige Polizistinnen zu einem Frauen-Forum nach Düsseldorf ein. Das Fazit: Frauen im Polizeidienst haben die ehe-

KRIMINALFORUM Gewerkschaft der Polizei NRW

Cybercrime wirksam bekämpfen

3. Mai 2012
10.00 – 15.45 Uhr
Ibachsaal im Stadtmuseum Düsseldorf
Berger Allee 7
40275 Düsseldorf

Referenten:

- Helmut Fiebig, Dezernatsleiter Kompetenzzentrum Cybercrime/KA
- Marinus Hartmann, Mikrospekte Staatsanwaltschaft Köln
- Wolfgang Huß, Staatsanwältin als-Kriminalistin beim Landeskriminalamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP)
- Tobias Fiebig, Mitglied des Class Computer Club, Düsseldorf
- Frank Richter, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei NRW
- Wolfgang Spies, Vorstandsmitglied für den Bereich Kriminalpolizei der Gewerkschaft der Polizei NRW

Infos und Anmeldung: GdP Landesbezirk NRW, Martin Völknerstr. 16, 01219 314 42



malige Männerdomäne Polizei nachhaltig positiv verändert. Sie sind dort nicht mehr wegzudenken. +++ Auch Polizisten können Polizeibehörden führen. Im Herbst 2012 ernennt die rot-grüne Landesregierung Frank Richter zum Polizeipräsidenten. Am



15.11.2012 wählt der Beirat der GdP den bisherigen PPHR-Vorsitzenden **Arnold Plickert zum neuen GdP-Landesvorsitzenden**. +++ Kein anderes Ereignis sollte das **Jahr 2013** so prägen wie die **Tarifaueinwanderung für den öffentlichen Dienst**. Dass die Auseinandersetzung hart werden wird, stand schon lange vor dem Jahresbeginn fest. Dass Hannelore Kraft später ihr Versprechen, den Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, brechen würde, ist aber noch weit weg, als sich am 31. Januar Länder und Gewerkschaften erstmals in Potsdam treffen. +++ Am **4. Februar 2013** startete die GdP in Düsseldorf die **Initiative Polizei 2020**. Innerhalb weniger Tage folgen mehr als 100 Aktionen in ganz NRW. Überall lautet die zentrale Botschaft: Wenn die Zahl der Neueinstellungen nicht steigt, müssen schon bald in ganz NRW Wachen geschlossen und Schichten zusammengestrichen werden



+++ **10.000 Beschäftigte** von Polizei und Feuerwehr, Schulen, Finanzämtern und Gerichten **legen am 6. März die Düsseldorfer Innenstadt lahm**. Sie wollen endlich ein Angebot der Arbeitgeber sehen. Zwei Tage später steht der Tarifvertrag: Rückwirkend zum 1. Januar 2013 gibt es 2,65 Prozent, am 1. Januar 2014 folgen weitere 2,95 Prozent. +++ Der **18. März** beginnt mit einem Paukenschlag. Allen anderslautenden Versprechungen zum Trotz will die rot-grüne Landesregierung den **Tarifabschluss nur bis A 10 eins zu eins auf die Beamten übertragen**. Ab A 11 soll es nur ein Prozent mehr geben, ab A 13 gar nichts. Nur zwei Tage später, am **20. März 2013**,



steht die erste **Mahnwache** der GdP vor dem Düsseldorfer Landtag. Ihr folgen zahlreiche Protestaktionen in ganz NRW +++ Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Am **18. April 2013** beschließt die GdP auf einem **Außerordentlichen Landesdelegiertentag** in Dortmund eine Verkleinerung ihrer Delegiertentage. Überall dort, wo es in Polizeibehörden mehrere Kreisgruppen gibt, sollen zudem in den nächsten Jahren gemeinsame Kreisgruppen entstehen. +++ Weil Rot-Grün bei der Übernahme des Tarifabschlusses hart bleibt, ruft die GdP gemeinsam mit ver.di und der Bildungsgewerkschaft



GEW für den **15. Mai 2013** zu einer **erneuten Großdemonstration** nach Düsseldorf auf. +++ Nicht nur auf der Straße gärt es, sondern auch in Dienststellen der Polizei. In kurzer Zeit beteiligen sich fast **20.000 Polizistinnen und Polizisten** an einer von der GdP initiierten **Unterschriftenkampagne** für die Übernahme des Tarifergebnisses. +++ Nicht nur der Protest, sondern auch Polizeithemen prägen

2013 immer wieder die Aktionen der GdP. Für den **4. Juni 2013** lädt sie ihre Mitglieder zu einem **Rockerforum** nach Düsseldorf ein. Das Medienecho ist überwältigend. +++ Die Weigerung der Landesregierung, den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes für alle Beamten zu übernehmen, ist nicht nur unsozial, sondern auch verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kommt der renommierte **Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Battis** in einem Gutachten, das GEW und GdP gemeinsam am **10. Juli 2013** vor der Landespres-



sekonferenz präsentieren. Nur wenige Tage später peitscht Rot-Grün das Besoldungsanpassungsgesetz trotzdem durch den Landtag. Die GdP kündigt daraufhin Klagen an. +++ **Ende Juli** legt die **AG Verwendungseinschränkung** polizeieintern ihren Abschlussbericht vor. Mit erschreckenden Zahlen: 4.234 Polizistinnen und Polizisten in NRW sind verwendungseingeschränkt, 2.528 sogar dauerhaft. Offiziell veröffentlicht ist der Bericht trotzdem bis heute nicht. +++ Am **1. September 2013** werden in NRW erstmals **1.477 Kommissaranwärterinnen und -anwärter** eingestellt. Ein Erfolg, den es ohne die GdP-Initiative „Polizei 2020“ nicht gegeben hätte. Ab 2014 werden es sogar 1.500 Anwärter sein. +++ Die GdP ist eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten der Polizei, auch für den höheren Dienst. Am **6. September 2013** verabschieden fast 200 Mitglieder des höheren Dienstes auf einer GdP-Tagung eine **Resolution zur Zukunft des höheren Dienstes**. +++ Am **17. September** reichen die CDU- und die FDP-Fraktion gemeinsam mit zwei Abgeord-

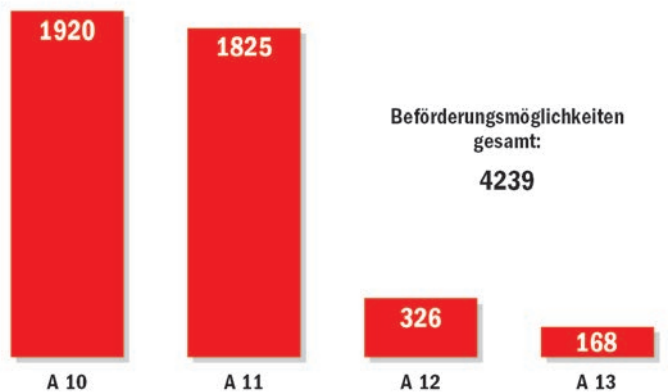


neten der Piraten-Partei ihre schon länger angekündigte **Normenkontrollklage gegen das Beamtenbesoldungsanpassungsgesetz** ein. Fünf Tage später kommt die SPD bei der Bundestagswahl in NRW nur auf 31,9 Prozent. +++ **Tatwaffe Auto? Aggression im Straßen-**

verkehr – unter diesem Motto steht am **21. November 2013** das vierte Verkehrsforum der GdP. Die GdP findet dort viel Unterstützung für ihre Forderung, aggressives Drängeln als Straftat zu ahnden. +++ Am **2. Dezember 2013** veröffentlicht Innenminister Ralf Jäger die **NRW-Studie über Gewalt gegen Polizisten**. Danach wird in NRW jeder zweite Polizist mindestens einmal im Jahr körperlich angegriffen. Die GdP fordert, dass die Erkenntnisse der Studie genutzt werden, um die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen. +++ Das Jahr **2014** beginnt mit einer guten Nachricht: Noch einmal gibt es bei der Polizei in NRW mehr als 4.000 Beförderungen. Damit ist die **zweigeteilte Laufbahn endgültig umgesetzt**. +++ Ende **Januar 2014** macht sich der in Goslar tagende Deutsche Verkehrsgerichtstag eine vom GdP-Landesbezirk eingebrachte Forderung zu Eigen: Nach schweren Verkehrsunfällen soll die Polizei eine **Zugriffsmöglichkeit auf die elektronisch gespeicherten Fahrzeugdaten** erhalten. +++ Am **24. Februar 2014** lädt die GdP erst-

2014 noch einmal mehr als 4000 Beförderungen

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei NRW



Quelle: Innenministerium NRW



mals zu einem **Schichtdienstforum** nach Düsseldorf ein. Mit über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern platzt der Saal aus allen Nähten. Eines der wichtigsten Ergebnisse des Forums: Die enormen Gesundheitsbelastungen des Schichtdienstes lassen sich nur verringern, wenn die Wochenarbeitszeit im durchgängigen Wechselschichtdienst deutlich unter die 41-Stunden-Grenze sinkt.

Schichtdienst-Forum Gewerkschaft der Polizei NRW

Fit im Dienst – Gesund in den Ruhestand!
Schichtdienst in der Polizei

20. Februar 2014
10.00 – 15.30 Uhr
Bürgersaal
in den Düsseldorf Arcaden
Bachstraße 145
40117 Düsseldorf

Referenten:

- Hiltraud Grösch-Sekula, Arbeitswissenschaftlerin, AWIS-consult, Oldenburg
- Rüdiger Wollgramm, Leiter Gefahrengut und Einsatz, Polizeipräsident Oldenburg
- Martin Koerbel-Lankwehr, Vorsitzender des Personals, Weiteck Oldenburg
- Friedhelm Minzen, Vorsitzender der Landespolizeigewerkschaft, Schichtdienststrukturreferent
- Arnold Pickert, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei NRW
- Rainer Peltz, Verantwortliches Mitglied des Geschäftsführenden Landesbereichsverbands der GdP für den West- und Westfalenbereich

Anmeldung und Infos: GdP, Landesbezirk NRW, Mägde Kolonnenstr. 10c, 40119 201 42

GdP fordert neue Wege in der Drogenpolitik

Erfahrungen mit illegalen Drogen gehören in Deutschland für viele Jugendliche zum Erwachsen werden dazu. Ein Drittel aller 12- bis 25-Jährigen hat in seinem Leben mindestens einmal Cannabis probiert. In der Öffentlichkeit gibt es deshalb immer wieder Diskussionen über die Frage, ob der Konsum weicher Drogen straffrei sein soll. Sogar Münsters Polizeipräsident Hubert Wimber hat das wiederholt gefordert. Soweit gehen die Überlegungen in der GdP nicht. Auf einem Kriminalforum des Landesbezirks NRW über „Neue Wege in der Drogenpolitik“ hat sich die GdP aber schon vor drei Jahren dafür stark gemacht, dass die Polizei ihre Ressourcen stärker auf die Verfolgung der Profiteure und Hintermänner des illegalen Drogenhandels konzentriert, statt auf die Verfolgung von Kleinstkonsumenten weicher Drogen.

■ Auf 1,7 Milliarden Euro pro Jahr schätzen Experten den Gewinn der Drogenbosse – allein in Deutschland. Trotzdem konzentriert die Polizei ihre Strafverfolgung bislang vor allem auf die Konsumenten weicher Drogen. Regelmäßig muss sie selbst den Besitz kleiner Mengen Cannabis zur Anzeige bringen, obwohl die Verfahren anschließend in Serie von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Für die GdP ist das eine Ressourcenverschwendung, die die Polizei keinen Schritt bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels voran bringt. Auf ihrem Kriminalforum hat sie deshalb gefordert, dass die Polizei die Möglichkeit bekommt, bei Konsumentendelikten in begründeten Fällen von einer Strafverfolgung abzusehen. „Uns geht es nicht um eine Freigabe illegaler Drogen, aber wenn die Polizei massenweise Strafanzeige gegen die Konsumenten kleinster Drogenmengen einleiten muss, damit diese anschließend nahezu ausnahmslos vom zuständigen Staatsanwalt eingestellt werden, bindet das Ressourcen, die niemandem nutzen“, betonte auf dem Forum Vorstandsmitglied Wolfgang Spies.

Auch beim Umgang mit den Schwerstabhängigen plädiert die GdP für einen Kurswechsel: „Drogenabhängige sind in erster

Linie Kranke, die professionelle Hilfe brauchen. Mit strafrechtlichen Mitteln alleine lässt sich dieses Problem nicht lösen“, sagte Spies.

Dass dieser Weg erfolgreich sein kann, zeigen die bereits vor eineinhalb Jahrzehnten in mehreren Großstädten in NRW eingerichteten Drogenkonsumräume, darunter Bielefeld, Münster und Wuppertal. Die anfangs auch in Polizeikreisen umstrittene Einrichtung hat nicht nur zu einer Beruhigung des sozialen Umfelds an den Drogenschwerpunkten beigetragen, sondern auch zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Drogentoten. Experten kritisierten auf dem GdP-Forum aber, dass die Politik bei der Einrichtung der Drogenkonsumräume auf halbem Weg stehen geblieben sei. Der Gesetzgeber habe zwar der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit eingeräumt, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, wenn ein Drogenabhängiger sich dort eine Spritze setzt, aber der Transport des benötigten Stoffs dorthin steht nach wie vor unter Strafe. Das sei inkonsequent.

Auch eine engere Verzahnung der Präventionsarbeit der Polizei mit den Hilfs- und Betreuungsangeboten von Drogenberatungsstellen kann mit dazu beitragen, die Verbreitung illegaler Drogen zu stoppen

und Drogenabhängige aus der Kriminalitätsfalle zu befreien. In Bonn ist das die Aufgabe der GABI, der Gemeinsamen Anlaufstelle Bonner Innenstadt von Polizei und Sozialamt. Gemeinsam mit dem der Stadt hat die Bonner Polizei in den vergangenen Jahren ein Drogenbekämpfungskonzept entwickelt, das neben repressiven Maßnahmen auch Hilfsangebote für die Drogenabhängigen einschließt. Ein Konzept, das auch für andere Städte Vorbildcharakter haben könnte.

Während die GdP bei den Drogenabhängigen vor allem auf einen Ausbau der Hilfsangebote setzt, und dadurch auch der Beschaffungskriminalität entgegenwirken will, setzt sie im Kampf gegen die Drogenhändler auf mehr Härte. Sie fordert, bei Verdacht auf Drogenhandel eine Umkehr der Beweislast: „Wenn ein Drogenhändler die Herkunft seines Vermögens nicht beweisen kann, muss der Staat das Recht bekommen das Vermögen einzuziehen“, sagte auf dem GdP-Forum der damalige GdP-Landesvorsitzende und heutige Hagener Polizeipräsident Frank Richter. „Damit treffen wir die Drogenhändler an ihrer empfindlichsten Stelle, weil wir ihnen das Geld für neue illegale Geschäfte entziehen.“ Eine Forderung, an die sich die Politik bislang nicht herangetraut hat.



Drogensucht muss nicht im Gefängnis enden

Kriminologe rät zu einer Drogenpolitik in kleinen Schritten

Arthur Kreuzer, emeritierter Professor für Kriminologie und Jugendstrafrecht an der Universität Gießen arbeitete als Jugendrichter, veröffentlichte mehr als 300 wissenschaftliche Publikationen zum Thema Strafrecht und wirkt in zahlreichen kriminalpolitischen Beratungs- und Forschungsgremien mit.

■ Herr Kreuzer, stimmt die pauschale Aussage: „Drogen machen kriminell“?

So allgemein formuliert ist die These nicht richtig. Drogen an sich machen nicht kriminell, weder Alkohol noch Heroin. Aber es gibt einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Drogenumgang.

Was wäre denn ein Beispiel dafür?

Am Thema Alkohol kann man das gut zeigen. Selbstverständlich ist der alkoholisierte Verkehrsteilnehmer öfter auffällig: Zum einen, weil Trunkenheit am Steuer per se ein strafrechtliches Vergehen ist und zum anderen, weil er durch den Alkohol nicht mehr verkehrstüchtig ist und Unfälle verursacht.

Was sind die Ursachen dafür, dass jemand Alkohol oder Drogen konsumiert und dann eventuell kriminell wird?

Das beruht auf vielen Faktoren. Bei Jugendlichen ist es oft der Gruppenzwang. Der junge Mensch möchte seinen Freunden imponieren und nimmt illegale Drogen oder trinkt Alkohol und setzt sich danach hinters Lenkrad. Hinzu kommen Vorbilder wie die Familie, denn man findet Alkoholiker häufiger in Alkoholikerfamilien. Die Sozialisierung durch das nähere Umfeld ist jedoch nur ein Faktor. Gesellschaftlicher Druck, der Stress und Zwänge erzeugt, Erfolg zu haben und nicht nachzulassen, kann genauso zu Drogenkonsum führen. Beispielsweise werden in der Künstler- und Musikszene teilweise Aufputschmittel wie Alkohol, Kokain oder Amphetamine genommen, um den Erwartungen gerecht zu werden. Auch modische Aspekte sind ein Einflussfaktor. Mit den

psychedelischen Drogen wie LSD in den 1960er Jahren gingen eine neue Wahrnehmung und sogar ein neues Lebensgefühl einher. Sie spiegelten sich sogar in den Formen und Farben einer speziellen Kunstgestaltung wider. Aber auch biologische Gründe können für einen Drogenmissbrauch in Frage kommen. Wenn zum Bei-

spiel jemand versucht, durch seinen Konsum psychische Störungen und Depressionen zu bekämpfen.

Welche gesellschaftlichen Schichten sind am meisten bedroht?

Drogenmissbrauch ist unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung. Es gibt sowohl die Armutsdrogen als auch die Drogen der Reichen. In den Slums der amerikanischen Städte, wo vor allem Farbige wohnen, die sozial nicht abgesichert sind und zum Teil in desolaten Verhältnissen leben, werden häufig harte Drogen wie Heroin konsumiert. In Russland galt wäh-



Foto: GaToR-GFX/Fotolia.com

rend der Unterdrückung des Zaren und der Kommunisten der Alkohol als Armutszeichen und wurde vor allem auf dem Land viel getrunken. Umgekehrt gibt es in der High Society auch bestimmte Drogen, die konsumiert werden, wie zum Beispiel der Kokainismus in den 1920er Jahren der Schickeria in Berlin. Bei uns in Deutschland ist Alkohol sowohl eine Wohlstands- als auch eine Armutsdroge.

Rutscht man automatisch in die Kriminalität, wenn man süchtig nach illegalen Drogen ist?

Wenn jemand illegale Drogen konsumiert, macht er sich durch deren Besitz natürlich per se strafbar, ohne, dass er jemand anderen schädigt. Ein Abrutschen darüber hinaus in kriminelle Handlungen wie die Beschaffungskriminalität, ist jedoch kein Automatismus. Das Thema ist sehr komplex. So verschieden die Menschen sind, so verschieden ihr Suchverhalten ist, so verschieden sind sie in ihrem kriminellen Verhalten. Es gibt Menschen, die von illegalen Drogen abhängig sind, es aber verstehen, ihren Konsum zu steuern, auch bei Heroin. Sie nehmen nur so viel, dass sie ihre soziale und berufliche Rolle erhalten. Auf der anderen Seite gibt es auch Fälle von Abhängigen, die immer mehr Drogen konsumieren und dadurch physisch und psychisch sowie sozial abrutschen. Äußere Faktoren wie das Ende einer privaten Beziehung und der Verlust des Jobs können die Situation zusätzlich verstärken. Der Umgang der Mitmenschen eines Abhängigen hat einen ganz entscheidenden Einfluss auf die „Karriere“ eines Süchtigen: Ob sie ihm noch eine Chance geben oder ihn abschreiben. Es gibt Fälle von alkoholkranken Politikern, die immer wieder beruflich ausfielen und zur Regenerierung in den Entzug gingen. Diese Menschen hatten aber so eine starke Motivation, die Sucht nicht nach außen dringen zu lassen und ihr Amt zu behalten oder die nächste Wahl zu gewinnen, dass sie mit ihrer Sucht relativ vorsichtig umgingen. Und es gibt andere, die scheitern daran.

Welche Form von Kriminalität üben Drogenabhängige aus?

Das ist vor allem die Beschaffungskriminalität. Dazu zählen Einbrüche zum Beispiel in Apotheken, Rezeptfälschung, Betrug oder auch die Prostitution. Es gibt

Abhängige, die halten ihre Kriminalität stark in Grenzen und betreiben nur Kleindealerei. Und es gibt Süchtige, die in der Dealerhierarchie aufsteigen wollen. Diese Motivation lässt sie ihren eigenen Drogenkonsum in den Griff bekommen und steuern, da sie sonst in der Szene nicht mehr ernst genommen werden und die „Bosse“ ihnen nicht mehr vertrauen. Aber auch verstärkte Aggressivität kann ein Problem darstellen, in Abhängigkeit von der Art und Menge der konsumierten Droge. Drogen wie LSD machen eher selten gewalttätig. Hingegen können Alkohol oder Stimulanzien wie Kokain die Aggressivität steigern.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen den gesetzlichen Regelungen und der Kriminalität? Wenn alle Drogen legal wären, würden Drogen doch auch nicht kriminell machen?

Der Grund für das Verbot illegaler Drogen liegt darin, dass der Staat bei diesen Mitteln eine besondere Gefahr für den Menschen sieht. Er möchte seine Bürger daher vor dem Konsum schützen und setzt den Besitz unter Strafe. Es gilt nämlich der Satz: Je leichter eine Droge verfügbar ist, je stärker wird sie auch konsumiert. Wenn es also das Strafrecht schafft, die Verfügbarkeit einer Droge gering zu halten, dann ist auch die Wahrscheinlichkeit kleiner, dass es zu einem Massenkonsum kommt. Das funktioniert jedoch nicht immer, denn Verbote können wiederum Anreize ausüben. Die Prohibitionspolitik der USA in den 1920er Jahren, die ein Totalverbot von Alkohol aussprach, ist durch die tatsächlichen Verhältnisse ad absurdum geführt worden. Sie hat zu verschärfter Kriminalität geführt sowie zu illegalen Märkten und mafiosen Gruppierungen, die den Alkoholschmuggel und die -abgabe als eine neue Finanzquelle entdeckt hatten. Dieses strafrechtliche Verbot war auf Dauer nicht haltbar, denn es führte zu erhöhter Kriminalität und wurde von der Gesellschaft nicht getragen, sondern kreativ unterlaufen: Man schenkte beispielsweise an einer Tankstelle Kaffee ein und in Wirklichkeit war es Alkohol. Das Strafrecht führte hier zu einer doppelten Moral: Das eine Vergehen verfolgt man, das andere nicht. Oder man tut es selbst, aber verfolgt andere. Das Beispiel zeigt, dass strafrechtliche Verbotsversuche scheitern können, wenn die gesellschaftlichen und die

Marktkräfte stärker sind. Drogen freizugeben ist dann sinnvoll, wenn sich dadurch die Märkte beruhigen und die Preise gedämpft werden. So wird der Anreiz genommen, mit der illegalen Drogenbeschaffung viel Geld zu verdienen. Auf der anderen Seite hat es natürlich eine gegenteilige Wirkung, da die Droge leichter verfügbar ist. Daher sind Forderungen nach der Freigabe von Drogen schwierig. Aber das sind schwer erkennbare komplexe Zusammenhänge, die nicht vorhersehbar und somit steuerbar sind.

Zu welcher Form der Drogenpolitik würden Sie nach Ihren Erfahrungen raten?

Ich kann der Politik nie raten, ein Totalmodell wie in den Vereinigten Staaten zu verfolgen. In Deutschland haben wir daher gut daran getan, in den letzten Jahren eine Drogenpolitik in kleinen Schritten zu machen. Um zu verhindern, dass unsere Gefängnisse wie in den USA fast zur Hälfte mit Drogenabhängigen gefüllt sind, mussten die Strafen gegen Konsumenten und Abhängige herabgestuft und mit Therapien verbunden werden. Strafe fungiert somit nur als Druckmittel, sich einer Therapie zu unterziehen. Das war ein sinnvoller, aber vorsichtiger Ansatz in der deutschen Gesetzgebung. Wenn es schief gegangen wäre, dann hätte man wieder gegensteuern können. Bei Cannabis zum Beispiel hat man sich in Deutschland gegen eine völlige Freigabe, aber für ein sehr moderates Vorgehen entschieden. Der bloße Konsum, also der Erwerb von kleinen Mengen, wird nicht bestraft. Der Strafrechtsansatz an sich wurde aber beibehalten. Ich habe immer vorgeschlagen, den Besitz kleiner Mengen als Ordnungswidrigkeit einzustufen, aber so, dass es rechtswidrig ist. Dann kann die Polizei nämlich eine Personenkontrolle durchführen, um zu überprüfen, ob es sich um einen Drogenhändler handelt und dann gegen ihn vorgehen. Letztlich sollte das Strafrecht moderat eingesetzt werden, damit es nicht kontraproduktiv wirkt und neue Kriminalität schafft und den sozialen Abstieg forciert, sondern Chancen zulässt. Außerdem sollten die Verfolgungsstrategien so ausgelegt sein, dass die Hintermänner stärker erfasst werden. Das steigert zwar nicht die absolute Zahl der Verurteilungen, führt aber zu einem größeren Erfolg in der Drogenpolitik: Die Verfügbarkeit der Drogen wird reduziert. AK

Drogenlabore im Ausland

Die Wege von „Legal Highs“, Speed und Co. nach Deutschland

Die gute Nachricht zuerst: Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurde im Jahr 2010 weniger Rauschgift sichergestellt als im Vorjahr. Doch die Zahl der beschlagnahmten Amphetamine und Metamphetamine stieg, wobei kristallines Metamphetamin (Crystal) in der Tabelle die größten Steigerungsraten aufweist. Zu den Amphetaminen bzw. Metamphetaminen zählen Speed (auch: Pep, Amphe), Ecstasy (auch: E, XTC, Adam) und in seiner kristallinen Form (Crystal). Das sind alles synthetisch hergestellte Drogen mit einer anregenden Wirkung auf das zentrale Nervensystem.

■ Drogen-Großproduzenten für Deutschland im Ausland

Die Labore, in denen Amphetamine für den deutschen Markt hergestellt werden, finden sich vor allem in den Niederlanden und Belgien. „Dabei handelt es sich vor allem um professionelle Großlabore“, weiß Marion Gradowski. Sie ist Kriminaldirektorin im Bundeskriminalamt (BKA) und leitet das Referat, das sich u. a. mit der Bekämpfung von synthetischen Drogen befasst: „Die Tätergruppen sind dabei gut organisiert und arbeiten sehr professionell.“ Aber auch Kriminelle aus Osteuropa sind auf diesem Markt aktiv: In Polen gibt es beispielsweise seit Jahren eine Amphetamin-Produktion und in der Tschechischen Republik eine Metamphetamin-Produktion auf relativ hohem Qualitätsniveau. Transportiert werden die fertigen Produkte wie Speed, Ecstasy oder Crystal vor allem auf dem Landweg, versteckt in Pkw oder Lkw. Der Vertrieb erfolgt über spezielle Netzwerke. Diese Zwischenhändler nehmen den Produzenten Warenmengen ab und verteilen sie in der Szene, in Diskotheken oder auf der Straße über ihre Dealer vor Ort.

Informationsaustausch über Europol

Das große Ziel des Bundeskriminalamtes ist es, die Hintermänner ausfindig und dingfest zu machen. Dafür findet ein

enger Informationsaustausch mit nationalen und internationalen Behörden, auch mit Europol, der europäischen Polizeibehörde, statt. Aber auch eigene Erkenntnisse aus Vernehmungen von verhafteten Drogendealern können Hinweise zu den Laboren im Ausland geben. „Amphetamine und Metamphetamine gehören zu den Rauschgiften, für die es einen stabilen Markt gibt und die viel konsumiert werden“, fasst Marion Gradowski ihre Erkenntnisse zusammen: „Sie sind schon über Jahrzehnte ein wichtiges Thema für die Polizei und werden wohl auch weiterhin eine große Rolle spielen“.

Gefährliche „Legal Highs“

Ein anderes Problem im Bereich der synthetischen Drogen stellen die sogenannten „Legal Highs“ dar. In den letzten Jahren hat das Bundeskriminalamt eine verstärkte Zunahme von neuen psychoaktiven Wirkstoffen festgestellt. Sie werden in so genannte „Kräutermischungen“, „Raumlufterfrischer“, „Badesalze“ o. ä. eingebracht und in bunten Tütchen als angeblich legale Ersatzdrogen im Internet oder in so genannten Headshops vermarktet. Die Käufer rauchen, schniefen oder schlucken die Substanzen. Die Harmlosigkeit, die die Händler durch die Bezeichnung und Aufmachung suggerieren, täuscht über die realen Risiken hinweg: Die Stoffe wirken wie Betäubungsmittel und sind gefährlich. Es gab schon Fälle mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen: Sie reichten

von schweren Verletzungen über Nierenversagen bis hin zum Tod. In Bezug auf die sogenannten „Legal Highs“ muss sich das BKA auch mit rechtlichen Aspekten auseinandersetzen: Die Täter haben sich darauf spezialisiert, bekannte Substanzen, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, chemisch leicht zu verändern. Die so entstandenen neuen psychoaktiven Wirkstoffe wirken zwar noch genauso oder vielfach sogar noch wesentlich stärker; ihre Herstellung, Handel und Besitz sind jedoch nach dem Betäubungsmittelgesetz nicht strafbar. Die angebliche Legalität der sogenannten „Legal Highs“ ist aber ein Trugschluss, denn wer mit diesen Substanzen Handel treibt, macht sich bei einer pharmakologischen Wirkung der Produkte nach dem deutschen Arzneimittelgesetz strafbar.

Unterschiedliche Strafbarkeit in den verschiedenen EU-Ländern

Die berauschenden Wirkstoffe werden im Ausland – z. B. in chinesischen Auftragslaboren – hergestellt. Die Substanzen werden dann auf dem Postweg zum Auftraggeber nach Europa geschickt. Dort werden sie mit anderen Substanzen vermischt und in bunte Tüten verpackt. Für diese Weiterverarbeitung konzentrieren sich die Täter auf die Staaten, in denen der Umgang mit diesen Stoffen nicht den betäubungsmittelrechtlichen Bestimmungen unterliegt. Von dort aus



Foto: Arno Bachert/Pixelio.de

erfolgt der Verkauf an die Kunden, entweder übers Internet oder in so genannten Smart- oder Headshops. Deklariert sind die Produkte oft als Badesalze, Raumluftfrischer oder andere angeblich zu legalen Zwecken bestimmte Produkte, um den Anschein einer Legalität hervorzurufen. Jeder Käufer weiß aber, dass sie nicht zum Baden oder für eine bessere Raumluft gedacht sind.

Drogenproduzenten reagieren sofort auf angepasste Gesetze

Die Aufgabe des BKA besteht auch darin, den Markt zu beobachten und wenn neue chemische Substanzen auftauchen, anzuregen, sie unter das Betäubungsmittelgesetz zu stellen. „Das haben wir jetzt mit einigen Substanzen gemacht“, erklärt Marion Gradowski vom BKA, „aber die Täter reagieren sehr schnell, indem sie immer wieder neue Substanzen mit leichten Abwandlungen auf den Markt werfen: Das hat zur Folge, dass diese Substanzen wieder nicht dem Betäubungsmittelgesetz

unterliegen.“ Die Situation im europäischen Ausland ist ähnlich. Die Täter verfolgen die Gesetzeslage sehr genau und wählen für die Vermarktung ihrer Produkte die Länder, in denen sich die Strafan drohung im Rahmen hält. Sie wechseln auch die Produktionsstandorte, wenn ein Land eine Strafbarkeitsbestimmung eingeführt hat.

Künftig in der EU gemeinsam gegen sogenannte „Legal Highs“

Wie bei anderen Drogen existiert auch bei diesem Thema ein intensiver Austausch zwischen dem BKA und den Polizeidienststellen nationaler und internationaler Behörden, wie etwa Europol. So will man den schnellen Austausch von Informationen gewährleisten. Das BKA kann so nationale Trends erkennen und die zuständigen Ministerien bei der Unterstellung neuer psychoaktiver Wirkstoffe unter das Betäubungsmittelgesetz beraten. Die Unterstellung unter das Betäubungsmittel-

telgesetz führt dazu, dass auch für diese neuen Substanzen, die in ihrer Wirkung mit bekannten Betäubungsmitteln vergleichbar sind, die Regelungen des Betäubungsmittelgesetzes gelten. Bis es soweit ist, vergeht jedoch oft viel Zeit, in denen lediglich das schwächere Arzneimittelgesetz zur Anwendung kommen kann. „Dieser ganze Prozess dauert zurzeit noch recht lange“, berichtet die Kriminaldirektorin: „Für uns als Polizei wäre es begrüßenswert, wenn dies schneller ginge.“ Ein weiteres Problem ist und bleibt das uneinheitliche Vorgehen in der EU, da jedes Land seine Drogenpolitik anders auslegt und somit andere Gesetze gelten. Es gibt jedoch Treffen mit den Experten der einzelnen Länder, die sich bemühen, zu einem einheitlichen Standard zu kommen. „Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung und der Rat der EU haben sich die Bekämpfung der neuen synthetischen Substanzen auf die Fahne geschrieben, so dass auch im nächsten Jahr mit Sicherheit weitere Maßnahmen ergriffen werden“, so Marion Gradowski. AK

Autofahren unter Drogeneinfluss

Cannabis (Haschisch) ist am weitesten verbreitet

Europaweit sind 20 von 1.000 Autofahrern unter Drogeneinfluss unterwegs, davon haben 13 Cannabis (Haschisch) im Blut. Das ist eines von vielen Ergebnissen von DRUID (Driving Under the Influence of Drugs, Alcohol and Medicines), einem fünfjährigen, breit angelegten Projekt, das von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) in Bergisch-Gladbach koordiniert wurde. 18 europäische Staaten waren daran beteiligt. Das Projekt kostete insgesamt 23,5 Millionen Euro.

■ DRUID (www.druid-project.eu) schließt zahlreiche bisher vorhandene Wissenslücken. Die Forscher untersuchten 50.000 unauffällige Fahrer in ganz Europa und 3.500 Menschen, die in Unfälle verwickelt wurden. Sie wollten herausfinden: Wie viel Drogen werden überhaupt in der Bevölkerung genommen? Wie viele Autofahrer fahren unter Drogeneinfluss? Wie viele Menschen, die Alkohol oder Drogen im Blut haben, finden wir bei den Unfällen? Daran kann man dann das statistische Risiko berechnen, das vom Alkohol bzw. einzelnen Drogen oder Medikamenten ausgeht.

Die gute Nachricht ist: Die Dunkelziffer beim Fahren unter Drogeneinfluss ist weit niedriger als bei Projektbeginn angenommen wurde. Die schlechte Nachricht:

Alkohol ist nach wie vor ein schwerwiegendes Sicherheitsproblem. Und: schon der Konsum von geringen Mengen von Alkohol, Drogen und Medikamenten, die das Bewusstsein verändern, kann die Verkehrssicherheit gefährden, besonders bei unerfahrenen jungen Fahrern und bei Mischkonsum. Es wurden



Dr. Martina Albrecht

auch Experimente mit Personen durchgeführt, die gezielt geringe Mengen Medikamente und Drogen konsumierten. Die Forscher testeten die Veränderung ihrer Reaktionen im Fahrsimulator und im realen Fahrversuch. 35 von 1.000 Fahrerinnen und Fahrern sind alkoholisiert unterwegs. Das Fahren unter Alkoholeinfluss liegt im Vergleich zum Drogenkonsum weit vorn, nicht nur in Bezug auf die Häufigkeit, sondern auch auf die Gefährlichkeit. „Bei den verletzten Fahrern waren je nach Land zwischen 20 und 40 Prozent alkoholisiert. Das ist schon ganz erheblich“, meint Dr. Martina Albrecht von der BAST. „Drogen hingegen kommen nicht so häufig vor, aber dann recht häufig in Kombination mit Alkohol oder anderen Drogen.“

Kombination von Alkohol und Drogen ist gefährlich

Deshalb kann man auch nur schwer herausfinden, wie gefährlich eine einzelne Droge überhaupt ist. Die Universität Würzburg hat in einer Zusammenfassung der Ergebnisse des DRUID-Projekts festgestellt, dass die Risikohöhen durch die Kom-

bination „Alkohol und Drogen“ etwa das 30fache beträgt und nur noch durch Alkohol über 1,2 Promille übertroffen wird (Risiko mehr als 50fach erhöht).

Bei den von Autofahrern gebrauchten Drogen steht Cannabis (Haschisch) weit vorn an erster Stelle, danach folgen aufputschende Partydrogen und Kokain. Bei den missbräuchlich eingenommenen Medikamenten sind Schlaf- und Beruhigungsmittel (Benzodiazepine) weit verbreitet, also Valium und verwandte Substanzen.

Von aufputschenden Partydrogen erhoffen sich Konsumenten eine Verbesserung der Leistung. „In den Niederlanden hat man eine Studie gemacht, wo man aufputschende Drogen in Kombination mit Schlafentzug untersucht hat. Ein Ergebnis war: Diese Drogen reichten nicht aus, um den Schlafentzug zu kompensieren“, berichtet Martina Albrecht. Die Gefahr, auf der Rückfahrt nach einer durchgefeierten Nacht hinterm Steuer einzuschlafen, wird also durch aufputschende Drogen nicht gebannt. Insgesamt ist jedoch die Gefährdung des Straßenverkehrs durch diese Drogen deutlich geringer als die durch Alkohol.

Gezielte Drogenschnelltests machen Sinn

Die Schnelltests zum Nachweis von Alkohol im Blut sind erprobt und sehr zuverlässig. Bei Drogenschnelltests ist die Fehlerquote viel höher, sowohl bei positivem als auch bei negativem Testergebnis. Gute Tests erreichen eine Trefferquote von 80 Prozent. Drei von 13 Schnelltests wurden von Polizei und Toxikologen im Rahmen des DRUID-Projekts als erfolgversprechend eingestuft. Deswegen sollte man sie auch in der Polizeiarbeit einsetzen, so eine Empfehlung.

Auch vom Kosten-/Nutzen-Aspekt her ist die Drogenüberwachung durchaus sinnvoll, besonders in Ländern, wo bisher noch nicht so viel gemacht wird. In Ländern wie Deutschland nutzt eine weitere Intensivierung der Drogenüberwachung im Straßenverkehr volkswirtschaftlich gesehen nur wenig. „Auf keinen Fall darf die Drogenüberwachung zu Lasten der Alkoholüberwachung gehen“, meint Martina Albrecht. „Wenn die Alkoholüberwachung zurückgeht, ist der volkswirtschaftliche Schaden höher als der Nutzen, den man durch die Drogenüberwachung gewinnt.“ Außerdem sollte man die Drogenschnelltests gezielt auswählen. Denn man weiß recht genau, in welchen Ländern vor allem welche Drogen genommen werden und genau nach diesen Substanzen sollte man gezielt mit den Schnelltests suchen.

Und was geschieht mit Autofahrern, die unter Drogeneinfluss aus dem Verkehr gezogen wurden? In Deutschland müssen sie zur Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU). 53 Prozent der Teilnehmer müssen wegen Alkohol am Steuer daran teilnehmen, immerhin 20 Prozent wegen Drogen- und Medikamentengebrauch. Die Experten empfehlen, Maßnah-

men zum Führerscheinentzug und Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiedereingliederung europaweit einheitlich zu regeln und gesetzlich zu verankern. Dabei benötigt man unterschiedliche Maßnahmen für Abhängige und Nicht-Abhängige.

Junge Fahrer fallen am meisten auf

Generell wird Cannabis häufig von jungen Leuten genommen; man rechnet mit einer Quote von bis zu 40 Prozent, die Cannabis (Haschisch) zumindest einmal ausprobieren. Aber im Alter jenseits von 25 Jahren wird es nur noch wenig geraucht.

Michael Heißing von der BAST hat für das DRUID-Projekt junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren zum Thema „Drogen im Straßenverkehr“ befragen lassen. Etwa 75 Prozent von ihnen finden das Fahren unter Einfluss von Drogen oder Alkohol nicht akzeptabel. Eine erfolgversprechende Präventionsarbeit kann auf dieser Basis aufbauen. Als Problemgruppe wurden vor allem junge männliche Fahrer mit niedrigem Ausbildungsstand identifiziert. Auch bei 15- bis 17-Jährigen, die erst noch ihren

Führerschein erwerben werden, wurde ein mangelhaftes Bewusstsein für die Gefahren des Fahrens unter Drogen und Alkohol festgestellt. Auch sie müssten verstärkt angesprochen werden, folgert Michael Heißing daraus. Dabei stellen nicht nur die Fahrer, sondern auch die Beifahrer eine wichtige Zielgruppe dar. Sie haben im entscheidenden Moment Einfluss auf die Fahrerin oder den Fahrer. Am nachhaltigsten wirkt es, wenn die jungen Fahrer persönliche Erfahrungen von anderen mitgeteilt bekommen – sei es im direkten Gespräch oder über Chats und Internetforen. In Nordrhein-Westfalen wird dies beispielsweise in einem Projekt für 16- bis 17-jährige Schülerinnen und Schüler umgesetzt. Bei „Crashkurs NRW“ (www.crashkurs-nrw.de) erfahren sie aus erster Hand

von Feuerwehrleuten, Polizisten, Notärzten, Notfallseelsorgern, aber auch von Angehörigen der Opfer, was bei Verkehrsunfällen passiert und welche Folgen dies für Leib und Leben haben kann. Das Konzept wurde in England entwickelt und 2011 erfolgreich auf die deutschen Verhältnisse übertragen.

Medikamente besser auswählen

Patienten, Ärzte und Apotheker profitieren ebenfalls von der DRUID-Forschung. Medikamente, von denen eine Gefährdung der Verkehrssicherheit ausgehen könnte, wurden europaweit klassifiziert und in Software für Ärzte überführt: Diese zeigt nicht nur an, welche Beeinträchtigungen der Fahrtüchtigkeit von den einzelnen Medikamenten ausgehen, sondern sie zeigt auch nicht beeinträchtigende Alternativsubstanzen auf. Wenn diese Entscheidungshilfe von vielen Ärzten und Apothekern genutzt wird, kann die Unfallgefahr auf den Straßen sinken, weil weniger Menschen unterwegs sind, die unwissentlich ein Unfallrisiko darstellen, weil sie durch Medikamente beeinträchtigt sind.

Entscheidungshilfe für die Politik

Martina Albrecht von der BAST ist keineswegs enttäuscht über das geringe Auftreten von Drogen im Verkehr, ganz im Gegenteil: „Es ist doch ein erfreuliches Ergebnis, wenn wir feststellen können, dass das Fahren unter Drogeneinfluss europaweit kein Massenphänomen ist. Und wir wissen jetzt, auf welche Substanzen und Zielgruppen wir unsere Maßnahmen ausrichten müssen und welche Maßnahmen erfolgversprechend sind.“ Es wird noch einige Zeit dauern, bis die Verkehrs- und Gesundheitspolitiker die Empfehlungen auch in neue Regelwerke umgesetzt haben. Das Ziel ist jedenfalls klar: Mit den Ergebnissen von DRUID besitzt man eine Grundlage für harmonisierte EU-weite Vorschriften bezüglich Fahrten unter Alkohol-, Drogen- und Medikamenteneinfluss. WL



Foto: Monkey Business/Fotolia.com



www.VDPolizei.de

VIELEN DANK!

Liebe Inserenten!

Mit der Beteiligung an der Broschüre anlässlich unseres Landesdelegiertentages haben Sie uns sehr geholfen. Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich!

Liebe Leser!

Alle Inserate dieser Publikation verdienen Ihre Aufmerksamkeit. Bitte berücksichtigen Sie diese Unternehmen bevorzugt bei Ihrer nächsten Disposition.

Ihre

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen